

Joachim Zweynert, Anemari Karačić

Rückeroberung des politischen Raums als Ort gesellschaftlicher Integration

Dokumentation des Tracks auf dem NRW-Dialogforum 2017

23. - 24. November 2017, Lindner Congress Hotel Düsseldorf

Der Track zum Thema der „Rückeroberung des politischen Raums als Ort gesellschaftlicher Integration“ ging primär von der von Karl Polanyi und Dani Rodrik angeregten Überlegung aus, dass das Projekt des sogenannten Neoliberalismus in den letzten drei Jahrzehnten zu einem stetigen Schrumpfen des politischen Raums geführt hat – von der Makro- bis auf die Mikroebene sozialen Miteinanders. Der politische Raum ist aber der Raum sozialer Integration schlechthin.

Heute erleben wir eine Rückkehr des Politischen. Sie manifestiert sich bisher vor allem als ein populistisch-nationalistischer Anti-Liberalismus. Eine zentrale Herausforderung politischer Steuerung ist es heute, dem populistischen Integ-

rationsangebot bessere und gleichzeitig politisch attraktivere Alternativen entgegenzustellen. Die Fragestellung lautete daher: Wie kann der politische Raum als Ort gesellschaftlicher Integration in einer Zeit zurückerobert werden, die auch weiterhin sehr stark durch ökonomische Sachzwänge und Leistungsdruck geprägt ist? Vor allem auch: Wie kann dies konkret und auf der Mikro-Ebene, in den Kommunen, in Schulen, Universitäten und Unternehmen, sowie in Basisstrukturen von Verbänden, Parteien und religiösen Gemeinschaften gelingen?

Handlungsleitende Frage war, was getan werden kann, um einerseits die Regelwerke so zu verändern, dass das Engagement und der Wille sich zu engagieren eine freiere Bahn bekommt und wie die Rückeroberung auch politisch unterstützt werden kann? Darüber diskutieren die ca. 25 Teilnehmer_innen zunächst in Form von moderierten Diskussionen, die jeweils durch Kurzpräsentationen eingeleitet wurden sowie abschließend in Form eines World Cafés.

Theorien und Erklärungsansätze

Basierend auf Kurzvorträgen von Beitragenden aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft (<http://nrw-dialogforum.de/tracks-2017#politischer-raum>) diskutierten wir am ersten Abend zunächst (zeit-)diagnostische Erklärungsansätze und Theorien, die sich mit dem Thema auseinandersetzten. In einem ersten thematischen Block setzten wir uns insbesondere mit der Rolle der etablierten Wirtschaftsmodelle, damit



verbundener (wissenschaftlicher) Weltbilder und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für den politischen Handlungsrahmen auseinander. Der Beitrag von Dr. Thomas Köller plädierte dafür, die Rolle des wissenschaftlichen Weltbildes des sogenannten Neoliberalismus und den damit verbundenen Wissenschaftlichkeitsanspruch erkenntniskritisch zu debattieren, um andere (Erklärungs-)Ansätze für politisches Handeln zu eröffnen. Einen stärkeren Fokus auf die Rolle der Globalisierung legte Dr. Nikolaus Kowall, der die damit einhergehende Begrenzung staatlicher Handlungsräume problematisierte. Ein stärkerer sozialer Binnenmarkt in Europa böte die Chance einer Wiederherstellung von demokratischer Souveränität staatlichen Handelns, welches nicht mehr von den tatsächlichen oder als solchen wahrgenommenen Sachzwängen globalisierter Märkte geleitet würde.

Im weiteren Verlauf des Abends wurde die Rolle der Kommunikation und die der Beteiligung als entscheidenden Variablen hinzugezogen. Einen systemtheoretischen Erklärungsansatz verfolgte der Beitrag von Prof. Dr. Dieter Grunow, der auf die zunehmende Komplexität der Gesellschaft hinwies. Diese, so Grunow, mache es erforderlich, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionssysteme so auszutarieren, dass sie in ihrer Kommunikation anschlussfähig seien. Eine möglichst breite Einbindung der Bevölkerung gewährleiste eine Beteiligung an der Kommunikation der Funktionssysteme und deren Ausbalancierung. Einen gänzlich anders gelagerten Erklärungsansatz vertraten Dr. Andreas Schiel und Tom Wohlfahrt, die von der These einer Privatisierung der Politik ausgingen, die sich entweder als Entpolitisierung äußere oder als (Re-)Politisierung, welche jedoch häufig die Form einer Pseudopräsentation annähme. Erforderlich sei daher eine resonante Demokratie, im Sinne von Hartmut Rosas Resonanztheorie, die echte Teilhabe durch die Herstellung eines Frage-Antwort-Verhältnisses ermögliche, d.h. einer Stimme, die auf Resonanz trifft.

In den Diskussionen zeichneten sich eine Reihe von Faktoren ab, die zunächst zu einer Schließung des politischen Raums führen:

- Sachzwang(-logik) politischer Entscheidungen
- Intransparenz der Entscheidungsfindungen
- Primat der Ökonomie
- Ökonomische Privatisierung
- Zunehmende Komplexität

Lösungsansätze, Vorgehensweisen und Erfahrungen

Der nächste Vormittag fokussierte stärker auf die Praxis der Rückeroberung des politischen Raums.

In einem ersten thematischen Block wurde die Rolle des öffentlichen Raums und der Zivilgesellschaft zur Diskussion gestellt. Die Vorstellung des Projekts „Neue Nachbarschaft Moabit“ durch Laura Pommerenke und Nils Luerweg machte den Politikbegriff von Hannah Arendt stark. Dieser betont, dass Politik stets im öffentlichen Raum stattfindet. Demnach sei Politik nicht als Parteipolitik zu verstehen, sondern beginne bereits mit dem Betreten des öffentlichen Raums. Eine stärker horizontal organisierte Politik sowie mehr zivilgesellschaftliche Freiräume seien demnach unabdingbar. Problematisiert wurden in dem Beitrag insbesondere auch die Strukturen, die zivilgesellschaftliches Engagement begünstigen oder behindern. Bürokratie und Schwierigkeiten bei der Finanzierung (z.B. starke Projektbezogenheit der Finanzierung) erschwerten dieses. Die Rolle der Hochschulen ist Gegenstand des bundesweiten netzwerkN, welches von Lisa Weinhold und Miriam Neumann vorgestellt wurde. Dem Bildungs- und Wissenschaftssystem komme in der Transformation hin zu einer Rückeroberung des politischen Raums eine zentrale Funktion zu. Durch die Ausbildung von Studierenden als Multiplikator_innen könne ein Wandel im Sinne des bottom-up Prinzips angestoßen werden. Als weiterer Ansatz wurde das Konzept der Trialoge der Humboldt Viadrina Governance Platform durch Dr. Audrey Podann und Katja Treichel erläutert. Die Trialoge sind eine Ermöglichungsstruktur von Deliberationsprozessen im vorstaatlichen Raum. Ihr Ziel ist es, eine Multiakteursperspektive zu gewährleisten und die Perspektivenvielfalt zu stärken. Angesichts einer zunehmenden Komplexität von Problemen sei ein transdisziplinärer Ansatz gefordert, der es den Akteur_innen ermögliche sich in einem persönlichen Austausch tiefer mit einem Thema auseinanderzusetzen und dadurch auch Resonanzerfahrungen zu erzeugen.

Die These, dass Stiftungen als Katalysator gesellschaftlichen Zusammenhalts wirken können stellte Anna-Lena Winkler in ihrem Beitrag auf. Diese hätten die Möglichkeit langfristig zu fördern und somit zu Systemänderungen beizutragen. Im Rahmen einer Re-Kommunalisierung des politischen Raums könnten diese als Koordinatoren fungieren, die die unterschiedlichen Stakeholder zusammenbringen. Zuletzt wurde von Prof. Dr. Tatjana Zimenkova und Gerrit Tiefenthal ein aktuelles Forschungsprojekt vorgestellt, welches zum Ziel hat neue Zusammenhaltsnarrative zu entwickeln. Diese sollen ermöglichen einer gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken und so gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

In den Beiträgen und Diskussionen wurden für die Rückeroberung des politischen Raums unterschiedliche Lösungsansätze debattiert:

- Transdisziplinarität und Multiperspektivität
- Re-Kommunalisierung
- Schaffung von (Frei-)Räumen für Beteiligung
- Schaffung von Resonanz Erfahrungen
- Demokratie erlebbar machen
- Echte Begegnungen ermöglichen
- Engagement-förderliche Strukturen aufbauen und stärken
- Befähigung von Engagement
- Multiplikator_innen ausbilden

Nach den Diskussionen der beiden Tage kristallisierten die Beteiligten drei Themen heraus, welche im Format des World Café in kleinen Gruppen weiter erörtert wurden. Die Diskussionen und Ergebnisse der drei Thementische werden im Folgenden dargestellt.

Verstetigung der Resonanz – Wie kann man Resonanz nachhaltiger gestalten?

In den vorausgegangenen Diskussionen schien bereits die Frage auf, wie eine Rückeroberung des politischen Raums und damit auch die Ermöglichung von Resonanz Erfahrungen nachhaltiger gestaltet werden könne. Moderiert wurde der Thementisch durch Katja Treichel und Dr. Audrey Podann.

Hierbei wurde zunächst festgestellt, dass es erforderlich sein könne bereits früh im Prozess zu überlegen, welche Wirkungen erzielt werden sollen und wie diese gemessen werden können. Daran gekoppelt sei auch die Notwendigkeit eines Erwartungsmanagements, welches die Erwartungshaltungen der Beteiligten zum Thema mache. Diese Notwendigkeit generiere sich primär daraus, dass mit bottom-up Prozessen oftmals Erwartungshaltungen erzeugt werden, die zu Enttäuschungen führen können. Daher müsse man sich frühzeitig damit auseinandersetzen und schlussendlich auch in den Ergebnissen solcher Prozesse begründen, weshalb man von bestimmten Ideen Abstand genommen habe. Ergänzend sei noch angemerkt, dass auch eine gewisse Konfliktbereitschaft gefordert sei. Gerade die angestrebte Heterogenität der Akteur_innen bringe unterschiedliche Interessen und Konflikte mit sich, die offen angesprochen werden sollten.

Die Schaffung von Räumen spiele in vielerlei Hinsicht eine bedeutende Rolle. Gemeint sind damit einerseits ganz konkrete Orte für Austausch und Begegnung, in denen Interessen regelmäßig eingebracht werden können. Andererseits sei zentral, dass Menschen nicht nur die Möglichkeit haben sich als Vertreter_innen bestimmter Rollen zu begegnen, sondern auch in einem geschützten Rahmen als reale Personen, denen damit auch die Möglichkeit eines Perspektivwechsels erleichtert würde. Insgesamt ist noch hervorzuheben, dass die oftmals diskutierte Anbindung an die kommunale Ebene nicht harmonisierend wirke, sondern auch dort eine Moderation des Prozesses erforderlich sei.



Die Begleitung und Moderation dieser Prozesse sind von immenser Bedeutung, jedoch auch mit hohen (Transaktions-) Kosten verbunden. Die Ressourcenfrage ist demnach ein weiterer Faktor, der für die Nachhaltigkeit solcher Prozesse entscheidend sein könne. Ressourcen können sich demnach beziehen auf den Faktor Zeit. Deliberative Prozesse erfordern andere zeitliche Maßstäbe als sie bislang im politischen Betrieb üblich seien. Unterschiedliche Überlegungen wurden hierzu diskutiert – von einer Freistellung für Engagement durch die Einführung von ‚Bürgertagen‘ über eine stärkere Wertschätzung von Engagement hin zu einem neuen Arbeitsbegriff. Kontrovers diskutiert wurde dabei auch, inwiefern Engagement freiwillig sein sollte oder eben durch Anreizstrukturen gefördert.

Jedoch spiele nicht nur Zeit als Ressource eine Rolle, sondern insbesondere auch finanzielle Gesichtspunkte. Die zunehmende Projektförmigkeit von Finanzierung begünstige keine Nachhaltigkeit von Engagement. Nicht zu vernachlässigen sei dabei, dass vieles an Strukturen bereits gegeben sei und diese in ihrer Eignung für jene Prozesse der Beteiligung geprüft werden sollten.

Zuletzt wurde angeregt allgemein Leistungskonzepte zu hinterfragen und bereits in der frühen Bildungsarbeit darauf hinzuwirken, weniger den Fokus allein auf Leistung zu setzen.

Wie kann eine Verstärkung von Resonanz gefördert werden?

- Schaffung von Räumen für Austausch und Begegnung
- Bereitstellung von Ressourcen (zeitlich und finanziell)
- Wertschätzung von Engagement
- Revision gängiger Leistungskonzepte
- Wirkungs- und Erwartungsmanagement
- Konfliktbereitschaft
- Moderation und Begleitung der Prozesse

Räumliche Konkretisierung und Koordination unterschiedlicher Akteur_innen

Eingang in die vertieften Diskussionen fand auch das Thema der konkreten Umsetzung in der Rückeroberung des politischen Raums. Leitend war die Fragestellung, was die jeweiligen Beteiligten in ihren Institutionen dafür tun können, um solche Räume zu schaffen. Moderiert wurde die Diskussion durch Anna-Lena Winkler.

Einen großen Raum in den Gesprächen nahmen die Hochschulen ein, was auch durch die Zusammensetzung des Tracks bedingt war. Auch hier ging es darum, welche Anreizstrukturen in den Institutionen gesetzt werden können, damit Engagement befördert würde. Für die Studierenden wurde angeführt, dass über eine Anerkennung von außercurricularem Engagement im Verlauf ihres Studiums (z.B. durch Anrechnung von Credit-Points oder Seminare für Beteiligte studentischer Initiativen) dieses gestärkt werden könne. Im Falle der Hochschullehrenden wurde dafür plädiert etablierte Leitungskonzepte zu hinterfragen und bspw. statt der Anrechnung von Publikationen in A-Journals Engagement stärker zu berücksichtigen. Darüber hinaus wurde angeregt, dass die Hochschulen sich stärker öffnen und an die Kommunen herangeführt werden müssten. Die politische Verantwortung der Hochschulen müsse stärker in den Blick genommen werden. Auch könnten Hochschulen, wie auch andere Institutionen, darauf hinwirken Multiplikator_innen auszubilden. Darüber hinaus spiele auch das Erfordernis einer Transdisziplinarität zunehmend eine wichtige Rolle.

Die Zusammenführung und Koordination der unterschiedlichen Akteur_innen, Initiativen etc., die es bereits gibt, war ein Gegenstand weiterer Debatten. Hier wurde angeregt als Pilotprojekt für das Bundesland Nordrhein-Westfalen eine Art Dachorganisation zu etablieren, die diese Aktivitäten koordiniere, um Transaktionskosten zu senken. Die Funktion bestünde primär darin einen Austausch zwischen Akteur_innen zu befördern und bspw. gegenseitige Lernprozesse zu ermöglichen. Auch hier wurde darüber debattiert, inwiefern vieles bereits vorhanden sei, an das man anknüpfen könne und was nicht erst neu geschaffen werden müsse. Was jedoch zu fehlen scheine, sei eine Vernetzung des bereits Bestehenden.

Zuletzt wurde die Notwendigkeit einer Heterogenität und Diversität in der Zusammensetzung der Beteiligten nochmals stark gemacht. Kontrovers debattiert wurde, inwieweit sich Engagement nur begrenze auf ohnehin schon überrepräsentierte Interessen, wie dies im Vortrag von Prof. Dr. Armin Schäfer in der Keynote am Vortag veranschaulicht wurde und wie diesem Problem begegnet werden könne. Entscheidend sei hier primär auch der Habitus und der soziokulturelle Hintergrund der Menschen. Möglichkeiten dies aufzubrechen böten sich durch Bildungsprozesse, aber auch durch passive Anreizstrukturen mit staatlicher Unterstützung.

Was kann in den jeweiligen Institutionen getan werden, um solche Räume zu schaffen?

- Schaffung von Anreizstrukturen
- Revision etablierter Konzepte von Leistung
- Stärkung der sozialen und politischen Verantwortung der Hochschulen
- Öffnung der Hochschulen in die Kommunen
- Ausbildung von Multiplikator_innen
- Förderung von Transdisziplinarität
- Schaffung einer Dachorganisation in NRW zur Koordination von Austausch
- Förderung von Heterogenität

Wie finden die Ideen von der Mikroebene Eingang in die Makroebene?

Ein weiterer wichtiger Aspekt schien die Frage, wie die Errungenschaften, die auf der Mikroebene erarbeitet würden, Eingang finden können in der Makroebene, also im politischen Betrieb. Moderiert wurde dieses Thema von Dr. Andreas Schiel.

Die Diskussion kreiste zunächst um die Frage der Vereinbarkeit mit dem System der repräsentativen Demokratie. Wäre eine stärkere Einbindung zivilgesellschaftlichen Engagements zu verstehen als eine Konkurrenz oder vielmehr als eine Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie? Das Engagement vieler Menschen bilde sich in der heutigen Zeit immer weniger in der klassischen Form von Parteistrukturen ab. Eine Herausforderung bilde demnach primär die Kontinuität von Engagement.

Daran schloss sich die Frage der Unabhängigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements von der Förderung potentiell interessengeleiteter Akteur_innen an. Dabei wurde die Rolle von Stiftungen diskutiert, die zwar einerseits den Vorteil haben Kontinuität gewährleisten zu können, aber andererseits nicht zwingend unabhängig von wirtschaftlichen Interessen fungieren.



Verbunden mit diesen Fragen war schließlich auch die, wie sich zivilgesellschaftliches Engagement auf staatliches Handeln auswirke. Die Gefahr eines Rückzugs des Staates aus seinen Verantwortlichkeiten wurde ebenso angeführt wie die eines crowding-out, welches das Risiko berge, dass eine Verstaatlichung von Strukturen das Engagement der Menschen überflüssig werden lasse. Einigkeit bestand darin, dass wenn auch ein paternalistischer, bevormundender Sozialstaat nicht erwünscht sei, die Übernahme sozialer Daseinsfürsorge durch

den Staat unerlässlich sei und dieser der Zivilgesellschaft zur Seite stehen sollte. Aufgegriffen wurde auch an dieser Stelle wieder die Feststellung, dass vieles bereits vorhanden sei und nicht substituiert werden müsse. Vielmehr sei eine Klärung und Klarheit der Rollen erforderlich.

Nicht zu vernachlässigen sei in der Debatte auch die Rolle der Medien, welche es vermögen Öffentlichkeit herzustellen. Die Berichterstattung sei bislang jedoch recht ungleich verteilt im Hinblick auf vorhandene Engagementstrukturen.

Zuletzt wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht NGOs als Scharnier zwischen der Mikro- und der Makroebene fungieren könnten. Sie nähmen eine zentrale Rolle in der Beobachtung von gesellschaftlichen Verhältnissen ein. Allerdings seien sie in ihrem Einflussbereich bislang wesentlich begrenzt im Vergleich bspw. zu Lobbyorganisationen.

Was kann in den jeweiligen Institutionen getan werden, um solche Räume zu schaffen?

- Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie
- Kein Rückzug des Staates aus Verantwortung für soziale Daseinsfürsorge
- Rolle der Medien
- NGOs als Scharnier

Fazit

Insgesamt zeigten sich in den Diskussionen der beiden Tage einige Aspekte, die nochmals theseartig aufgegriffen werden sollen, da sie als zentrale Gelingensfaktoren bei einer Rückeroberung des politischen Raums verstanden werden könnten.

Zunächst zeigte sich die Herausforderung einer Zunahme der Komplexität zu behandelnder Problemlagen und Themen, die es erforderlich machen, dass sich die Akteur_innen zum einen ausreichend Zeit nehmen, um die Sachverhalte in ihrer Tiefe zu durchdringen. Dies erfordere zum anderen eine Multiakteursperspektive, die Menschen aus unterschiedlichen Bereichen zusammenbringe, um divergierende Perspektiven auf ein Thema zu erörtern und in einen Prozess der Entscheidungsfindung einbinden zu können.

Diese Erfordernisse bringen es mit sich, dass genügend Ressourcen zur Verfügung stehen müssen, die solche Prozesse ermöglichen – von der Schaffung und Bereitstellung von Räumen über die Gestaltung dieser Prozesse, die ebenfalls vor- und nachbereitet werden müssen und demzufolge ressourcenintensiv sind, bis hin zu einer Gewährleistung von Unabhängigkeit und Kontinuität über eine stabile finanzielle Ausstattung sowie eines Abbaus von Hürden, die zivilgesellschaftliches Engagement behindern, wie die Projektförmigkeit von Förderungsmöglichkeiten sowie bürokratische Strukturen.

Zu gewährleisten sei darüber hinaus, dass die Rückeroberung des politischen Raums nicht in einem Rückzug des Staates aus seinen Verantwortlichkeiten münde, der die Verantwortung für zentrale gesellschaftliche Strukturen in die Hände der Bürger_innen verlagere. Es gelte hier ein Gleichgewicht zu finden, welches zivilgesellschaftliches Engagement ermögliche und fördere, ohne Fragen der sozialen Daseinsfürsorge aus der Verantwortung staatlichen Handelns zu nehmen.

Abschließend sei noch verwiesen auf die mit zivilgesellschaftlichem Engagement verbundene Gefahr der Repräsentation partikularer Interessen, die mit einem Paternalismus von Privilegierten einhergehen könne. Um diesem zu begegnen, sei es erforderlich, dass kein cultural oder class divide der Beteiligten entstünde, sondern versucht werde eine möglichst große Heterogenität und Diversität der beteiligten Personen zu gewährleisten. Dies muss auf vielerlei Ebenen berücksichtigt werden und beginnt schon bei der Frage von Beteiligungsformaten und -formen. Bereits die Sprache, die verwendet wird, könne ausgrenzend wirken, weshalb eine hohe Sensibilität für dieses Thema geschaffen werden müsse. Auch hier spielen bereits angesprochene Themen, wie die Ressourcenfrage und Notwendigkeit einer Moderation solcher Formate, eine bedeutende Rolle.

Gedankt sei allen Teilnehmenden und Beitragenden des Tracks, insbesondere den Moderator_innen der Thementische, für ihre interessanten Beiträge und die lebhaften Diskussionen!

Über die Trackverantwortlichen

Prof. Dr. Joachim Zweynert - Professor für Internationale Politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke.

Anemari Karačić - Wissenschaftliche Referentin für "Digitalisierung von Arbeit - Industrie 4.0" am Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW).

Impressum

Herausgeber: FGW - Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.), Kronenstraße 62, 40217 Düsseldorf, Telefon: 0211 99450080, E-Mail: info@fgw-nrw.de, www.fgw-nrw.de

Geschäftsführender Vorstand: Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Ute Klammer (stellv.)

Förderung: Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Design/Layout: Olivia Mackowiak (FGW)

www.nrw-dialogforum.de
